



**Update zum Alternativen Waldschadensbericht
2010**



Anwalt für Umwelt- und Menschenrechte

Über urgewald



Anwalt für Umwelt- und Menschenrechte

urgewald verhindert mit einem ungewöhnlichen strategischen Ansatz umweltzerstörende Projekte. Wir organisieren Kampagnen gegen Investoren und Finanziere – denn hier liegt die Achillesferse vieler Vorhaben. Durch gezieltes Lobbying in Banken und Vorstandsetagen, durch Kundenproteste, Medienberichte, fundierte Recherche und kreative Kampagnen graben wir zerstörerischen Großprojekten die Finanzierung ab.

Wir initiieren Kampagnen, die zu nachhaltigeren Konsumentscheidungen bei den Verbrauchern anregen. Zum Thema Papier, zum Themenbereich Energie und zum Thema Banken und Geld.

Dabei verstehen wir uns als "Anwalt" Betroffener. Denn die negativen Auswirkungen unseres Konsums und hier getroffener Investitionsentscheidungen zeigen sich häufig in Entwicklungs- und Schwellenländern. Mit unserer Arbeit geben wir diesen Menschen eine Stimme.

Damit wir plakative Kampagnen um- und politische Forderungen durchsetzen können, bauen wir auf engagierte Menschen. Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen möchten, rufen Sie uns einfach an.

Wenn Sie unseren Kampagnen mit finanzieller Unterstützung zum Erfolg verhelfen möchten, freuen wir uns auf Sie als Förderer oder Förderin.

Rufen Sie uns an, wenn Sie Fragen haben, Ihre Ansprechpartnerinnen sind Andrea Soth und Simone Lennerz (02583 / 1031)

urgewald e.V.

Volksbank Sassenberg

Konto: 64 339 900 BLZ 412 625 01

Unabhängige Arbeit braucht unabhängiges Geld!

Mit freundlicher Unterstützung durch die



INHALTSVERZEICHNIS

1. VERÄNDERUNGEN IM DEUTSCHEN PAPIERMARKT	4
Weltweiter Trend bei der Zellstoffproduktion: Boom in Niedrigpreisländern Südostasiens und Lateinamerikas	4
Woher das Papier in Deutschland und der Rohstoff dafür stammt	4
Veränderungen der Papier- und Zellstoffimporte aus Kanada	5
Altpapiereinsatz in der deutschen Papierherstellung	6
Veränderungen im Papier-Verbrauch	6
Sonstige Daten zur Papierindustrie in Deutschland	6
2. VERÄNDERUNGEN DER SITUATION IN DEN EXPORTLÄNDERN	7
Update Kanada: Stellungnahme zum Great Bear Rainforest-Abkommen	7
Update Brasilien: David besiegt Goliath - Historischer Sieg im Landrechtskonflikt für brasilianische Tupinikim und Guarani	9
3. VERÄNDERUNGEN IM BANKENSEKTOR	11
Banken finanzieren Waldzerstörung	11
Deutsche Banken machen trotzdem weiter mit „business as usual“	11
Falsch etikettiert - deutsche Banken preisen zu Unrecht Holzzertifikate als “grüne” und “nachhaltige” Geldanlagen an	11
4. NEUE IMPULSE FÜR DIE KAMPAGNENAKTIVITÄT IM PAPIERBEREICH	12
Kampagne zur Senkung des Papierverbrauchs	12
Kampagne gegen die Finanzierung des Regenwaldzerstörers Sinar Mas Indonesien	14
Kampagne “Keine Landnahme in Brasilien für unser Papier”: Neue Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit	15

1. Veränderungen im deutschen Papiermarkt

Aus Sicht von Umwelt- und Verbraucherorganisationen sollten vor allem die Importe von Zellstoff und Papier nach Deutschland kritisch beleuchtet werden. In Deutschland selbst sind die ökologischen und sozialen Standards für die Papier- und Zellstoffproduktion sowie für die Waldbewirtschaftung im weltweiten Vergleich hoch. Doch 57% des verbrauchten Papiers, Karton Pappe¹ und über 80%² des Zellstoffs für die deutsche Papierindustrie stammen aus dem Ausland, ein zunehmender Anteil aus Plantagen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Wie bereits im Alternativen Waldschadensbericht ausführlich beschrieben, werden in den südlichen Ländern oft massive Probleme durch den Anbau und die Produktion von Zellstoff verursacht. Umweltzerstörung, Verletzung der Arbeiter- und Landrechte sind an der Tagesordnung.

Weltweiter Trend bei der Zellstoffproduktion: Boom in Niedrigpreisländern Südasiens und Lateinamerikas

Während Nordamerika und Westeuropa noch immer die Zellstoffindustrie weltweit dominieren, findet das stärkste Wachstum vor allem in Südostasien und Lateinamerika statt. Die Preisdifferenz zwischen den Regionen ist signifikant: Zum Beispiel kostet die Produktion von einer Tonne Zellstoff in Indonesien etwa 50% weniger als in Finnland.³ Niedrige Umwelt- und Sozialauflagen, die zur Ausbeutung von Menschen und der Natur führen, verbunden mit einer schnellen Wachstumsrate der Bäume sind die Gründe für diesen gewaltigen Unterschied.

Schaut man sich die Zahlen für die weltweite Produktion genauer an, so fällt auf, dass die Produktion von gebleichtem Hartholz Zellstoff (Bleached Hardwood Kraft), der u.a. aus Eukalyptus- oder Akazien-Plantagen gewonnen wird, sich in dem Zeitraum 1991-2007 fast verdoppelt hat und derzeit knapp 40% der weltweiten chemischen Zellstoffproduktion ausmacht.⁴

Woher das Papier in Deutschland und der Rohstoff dafür stammt

Die meisten Papierimporte stammen aus dem europäischen Ausland. Papier, Karton und Pappe wird vor allem aus Finnland, Schweden, der Schweiz und Österreich importiert. Wo der Zellstoff für diese Papiere herkommt, ist schwer nachzuvollziehen.

Hauptlieferländer von Zellstoff⁵ (Angabe in Tonnen)

- an Finnland: Belgien 196.000, Brasilien 135.000; Kanada 8.000 (Gesamtimporte: 319.000, Produktion: 13.114.000, Verbrauch: 10.709.000)
- an Schweden: Finnland 262.000, Norwegen 106.000 (Gesamtimporte: 438.000, Produktion: 12.427.000, Verbrauch: 9.398.000)
- an die Schweiz: Finnland 127.000, Kanada 89.000, Brasilien 78.000, Spanien 52.000, Schweden 48.000, Chile 17.000 (Gesamtimporte: 525.000, Produktion: 239.000, Verbrauch: 662.000)
- an Österreich: Schweden 132.000, Belgien 70.000, Südafrika 69.000, Finnland 61.000, Niederlande 49.000, Brasilien 29.000 (Gesamtimporte: 779.000, Produktion: 930.000, Verbrauch: 2.416.000)

¹ Vdp Leistungsbericht 2009; rechnerischer Verbrauch 2008: 20,5 Millionen Tonnen; Import 2008: 11,7 Millionen Tonnen

² Vdp Leistungsbericht 2009; Einsatz von Papierzellstoff in der Papierindustrie 2008: 4.814.959 Tonnen; Import von Papierzellstoff 2008: 3.922.109 Tonnen

³ http://www.metso.com/corporation/articles_eng.nsf/WebWID/WTB-060828-2256FA001F?OpenDocument&mid=2AC7A280BDoE6845C225712D003E26B6

⁴ RISI 2008: World Pulp. Annual Historical Data

⁵ FAOSTAT | © FAO Statistics Division 2009 | 01 September 2009; Figures are given in weight (air-dry = 10% moisture); Wood pulp+ (entspricht in etwa „Faserstoffe insgesamt“ aus VDP Bericht); figures for 2006; Zahlen für die Gesamtimporte und Gesamtproduktion wurden aus dem VDP Bericht übernommen, das sie nur geringfügig von denen der FAO abweichen

In Finnland und Schweden stammt der größte Teil des Zellstoffs aus inländischer Produktion. Ein Teil des Rohstoffs dafür kommt als Rundholz aus Russland. Die größten Zellstoffimporte nach Finnland kamen 2006 jedoch aus Belgien und Brasilien⁶. Die Schweiz und Österreich dagegen importieren einen großen Teil an Zellstoff für ihre Papierproduktion. Ihre Zellstoffimporte kommen vor allem aus Finnland, Schweden, Kanada, Brasilien, Belgien und Südafrika.

Im Folgenden soll aber nur auf die direkten Zellstoffimporte nach Deutschland eingegangen werden. Die deutsche Papierindustrie ist weltweit der drittgrößte Zellstoffimporteur hinter USA und China. Der Zellstoff kommt überwiegend aus dem Ausland. Insgesamt ist die Menge an Zellstoffimporten mit 3,9 Mio. Tonnen seit dem Jahr 2000 mit einigen Schwankungen relativ konstant geblieben. Es handelt sich überwiegend um Sulfatzellstoff.

Veränderungen haben sich aber bei den Lieferländern ergeben und bei dem Verhältnis Kurzfasierzellstoff (aus Laubholz) zu Langfasierzellstoff (aus Nadelholz). Brasilien ist mittlerweile größter Zellstofflieferant mit einem Anteil von 22%. Schweden besetzt Platz zwei. Deutlichste Einbußen der großen Lieferländer verzeichnen Finnland und Kanada mit je 16% in 2008, gefolgt von Spanien, Portugal, Uruguay, den USA und Chile.

Der Importanteil von Kurzfasierzellstoff ist auf 59% gestiegen. Hauptlieferant für Kurzfasierzellstoff ist mit 37% Brasilien. Uruguay liefert 6% des Kurzfasierzellstoffs. Es handelt sich dabei um Zellstoff aus Eukalyptus-Plantagen. Auch aus Chile (53.275 Tonnen) und Indonesien (15.979 Tonnen) wurde

Kurzfasierzellstoff importiert. In Chile stammt der Kurzfasierzellstoff ebenfalls aus Eukalyptus-Plantagen, in Indonesien werden vor allem Akazien-Plantagen angebaut. Es wird aber noch immer Naturwald in den indonesischen Zellstoffmühlen verarbeitet.

Langfasierzellstoff stammt zum größten Teil aus Wäldern nördlicher Regionen (Europa und Kanada), aber auch aus den Kiefer-Plantagen in Chile und Argentinien sowie aus Thailand.

Veränderungen der Papier- und Zellstoffimporte aus Kanada

Die Zellstoff- und Papierimporte aus Kanada halbierten sich in dem Zeitraum 2004-2008. Im Jahr 2004 importierte Deutschland 84.739 Tonnen Papier und 601.495 Tonnen Papierzellstoff aus Kanada.⁷ In 2008 waren es nur noch 40.801 Tonnen Papier, Karton und Pappe und 271.459 Tonnen Zellstoff.⁸

Nur zwei Sorten Papier exportiert Kanada in großem Maßstab nach Deutschland: Kartonagen und Zeitungsdruckpapiere. Hygienepapiere werden nur in geringer Menge von New Brunswick nach Deutschland exportiert. Karton stammt fast ausschließlich aus British Columbia. Zeitungspapiere stammen in 2008 fast ausschließlich aus Quebec.⁹

Die 271.459 Tonnen¹⁰ Zellstoffimporte aus Kanada stammten 2004 noch zu großen Teilen aus Quebec und British Columbia aber auch anderen Provinzen. 2008 sind die Zellstoffimporte aus allen Regionen stark zurückgegangen. Nur noch Quebec und British Columbia exportieren chemischen Zellstoff nach Deutschland. Die Zellstoffexporte

⁶ FAO ForesStat: Wood pulp+, Imports Quantity and Value (1000 US\$) 2006. Belgien: 195.778,00; Brazil: 135.292,00; Sweden: 56.553,00; Russia: 23.917,00; Total: 326.721,0

⁷ siehe Alternativer Waldschadensbericht: Statistisches Bundesamt 2005: vorläufige Ergebnisse für 2004, Warenverzeichnis Außenhandelsstatistik für Posten 4703, 4704 und 48

⁸ VdP Leistungsbericht 2009

⁹ Die Auswertung basiert auf Exportzahlen in CAN Dollars, die als Indiz für Exportmengen genommen wurde. Quelle: Industry Canada: <http://www.ic.gc.ca>

¹⁰ VdP Leistungsbericht 2009

von BC nach Deutschland sind auf weniger als ein Viertel der Importe aus 2004 zurückgegangen. Die Zellstoffexporte von Quebec nach Deutschland haben sich halbiert. Im Jahr 2008 stammte etwa die Hälfte der Zellstoffexporte nach Deutschland aus British Columbia.¹¹ Für den Export nach Deutschland wird vor allem Zellstoff aus der Küstenregion verwendet.

Altpapiereinsatz in der deutschen Papierherstellung

Die Altpapiereinsatzquote ist seit dem Jahr 2000 von 60 auf 68% in 2008 leicht gestiegen. Vor allem bei den grafischen Papieren, den sonstigen Verpackungspapieren und -pappen und den Spezialpapieren ist der Anteil an Altpapier seit 2000 angestiegen. Ein drastischer Rückgang der Altpapiereinsatzquote von 74 auf 54% ist hingegen bei den Hygienepapieren zu finden. Dabei sind gerade die Hygienepapiere die Papiersorte, die nach Gebrauch selten wieder recycelt werden und daher für den Stoffkreislauf verloren sind. Ein hoher Einsatz an Recyclingfasern sollte hier Verwendung finden.

Veränderungen im Papierverbrauch

Der rechnerische Verbrauch an Papier, Karton und Pappe ist seit dem Jahr 2000 um etwa eine Mio. Tonnen auf 20,5 Mio. Tonnen in 2008 gestiegen.

Er teilt sich aktuell auf in:

- Grafische Papiere: 9.588.000 Tonnen (47%)
- Papier, Karton und Pappe für Verpackungszwecke: 8.262.000 Tonnen (40%)
- Hygienepapiere: 1.432.000 Tonnen (7%)
- Papier und Pappe für technische und spezielle Verwendungszwecke: 1.237.000 Tonnen (6%)

254 Kilogramm Papier verbrauchte jede/r Deutsche/r im Jahr 2007.

Insbesondere im Bereich Verpackungspapiere sowie im Teil der grafischen Papiere, der für Werbezwecke genutzt wird, sehen Umwelt- und Verbraucherorganisationen drastische Sparpotentiale (siehe Memorandum und Alternativer Waldschadensbericht).

Sonstige Daten zur Papierindustrie in Deutschland

Die deutsche Papierindustrie gehört zu den fünf energieintensivsten Branchen in Deutschland. Deutschland ist als Papierexporteur weltweit an erster Stelle. Die deutsche Papierindustrie ist weltweit viertgrößter Produzent nach USA, China und Japan.

¹¹ Die Auswertung basiert auf Exportzahlen in CAN Dollars, die als Indiz für Exportmengen genommen wurde. Quelle: Industry Canada: <http://www.ic.gc.ca>

2. Veränderungen der Situation in den Exportländern

Update Kanada: Stellungnahme zum Great Bear Rainforest-Abkommen

Der Great Bear Rainforest an der Westküste der kanadischen Provinz British Columbia ist Teil des Temperierten Küstenregenwaldes entlang der nordamerikanischen Pazifikküste. Benannt nach dem Grizzlybären ist er das größte intakte Regenwaldgebiet in den gemäßigten Breiten (vergleichbar mit der Größe Bayerns), das noch weitgehend von der Ausbeutung durch die Holzwirtschaft verschont geblieben ist. Flüsse, Fjorde und Wälder, in denen in den Tallagen die Bäume oft mehr als siebzig Meter Höhe erreichen, prägen den Wildnischarakter dieses in seiner Artenzusammensetzung einmaligen Urwaldes.

Anfang der neunziger Jahre begann die Holzindustrie, verstärkt in den weitgehend schutzgebietslosen Great Bear Rainforest vorzudringen. Der Protest dagegen ging vor allem von der Nuxalk First Nation unterstützt von nationalen Umweltorganisationen aus, die sich gegen den Einschlag in ihrem Territorium mit friedlichen Blockaden und Aktionen wehrten. Mit dem Start der Greenpeace-Kampagne 1997 zum Schutz des Great Bear Rainforest weitete sich der Protest weltweit aus. Auch Unternehmen und Verbände wie der Verband Deutscher Papierfabriken (VDP) und der Verband Deutscher Zeitschriftenhersteller (VDZ) drohten mit der Kündigung von Lieferverträgen, wenn weiterhin die verbleibenden großflächigen intakten Regenwaldtäler abgeholzt würden.

In der Arbeit der Initiative 2000plus für mehr Recyclingpapier an Schulen gehört seit der Gründung in 1999 die Darstellung der zunehmenden Zerstörung im Great Bear Rainforest zu den herausragenden Beispielen für die fatalen Folgen unseres überhöhten Papierverbrauchs.

Die zunehmenden Proteste führten 2001 zum Beginn von Verhandlungen, an denen First Nations, die Forstindustrie, die Provinzregierung und drei Umweltorganisationen (Greenpeace, Sierra Club und Forest Ethics) teilnahmen. Wichtige Entscheidungen dieser Verhandlungen fielen im Februar 2006 (Entscheidung über Schutzgebiete) und im März 2009 (Entscheidung über Forstliche Praxis außerhalb der Schutzgebiete).

Ergebnisse sind:

- Rund ein Drittel des GBR und der GBR-Waldflächen stehen künftig unter Schutz vor einer kommerziellen Holznutzung (siehe Tabelle).
- Auf den anderen Zweidrittel Waldflächen des GBR ist eine forstwirtschaftliche Nutzung nach den Regeln des Ecosystem Based Management (EBM) zulässig. Diese sind in einer Ministerialverordnung festgeschrieben. Nach EBM werden entsprechend den in einem Areal vorkommenden Wald-Ökosystemtypen weitere Flächen festgelegt, auf denen nicht eingeschlagen werden darf. Zusammen mit den oben aufgeführten Schutzgebieten summiert dies die gesamten von der forstlichen Nutzung ausgeschlossenen Waldflächen des GBR-Waldes auf rund die Hälfte (siehe Tabelle).
- Ein von allen Verhandlungsteilnehmern anerkanntes Gremium unabhängiger Wissenschaftler hatte zum Beginn der Verhandlungen allerdings festgestellt, man müsse etwa 63% der im GBR vorhandenen Wald-Ökosysteme erhalten (entspricht 70% des Waldanteils der sich natürlicherweise im Urwaldzustand befindet), um die Biodiversität dieser Waldregion mit geringem Risiko zu erhalten. Diese Flächenvorgabe wurde bei den bisherigen Verhandlungen um etwa 12% verfehlt.

Tabelle: Zonen im Great Bear Rainforest und deren Schutzbestimmungen

	Größe in qkm (1qkm= 100 ha)	% der GBR Fläche	% der GBR Wald- fläche		Bezeichnung Schutzstatus
Bisherige Schutzgebiete	4 425	7	33	31	„Parks“: Wirtschaftsbestimmte Nutzung verboten
Neue Schutzgebiete	13 554	21			„Conservancies“: Industrielle Nutzung verboten. Nichtkommerzielle indigene Nutzung gestattet.
Biodiversitätsgeb iete	2 984	5			Industrielle Forstwirtschaft und Wasserkraft ausgeschlossen; Bergbau, und Tourismus erlaubt
Hochrechnung der Waldflächen, die durch EBM Bestimmungen geschützt sind	7 380	67	20	51	Repräsentanz aller Ökosystemtypen Reservatsgrenzen sollen 2014 verbindlich festgelegt werden.
Wirtschaftszone mit EBM (ohne Reservate)	35 657		49		49
Gesamtfläche GBR (Mid und North Coast)	64 000	100	100	100	

Als weitere wesentliche Resultate sind zu nennen,

- dass die First Nations seit 2006 bei Fragen zur Landnutzung als Regierungen auf Augenhöhe mit der Provinzregierung verhandeln,
- dass es ein 120 Mio. \$ - Programm zur Förderung von Schutzgebietsmanagement und von ökologisch nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen geben wird.

Bewertung des Abkommens aus Sicht der Initiative 200oplus

Die Ausweitung der Schutzgebiete auf rund ein Drittel des Great Bear Rainforest ist ein großer Erfolg jahrelanger Proteste, Aktionen und Kampagnen. Auch die Implementierung von ökologischen Kriterien für die Waldbewirtschaftung in den nicht geschützten Gebieten, durch die weitere 20% der GBR-Wälder vor dem Holzeinschlag geschützt werden, ist zu begrüßen. Positiv ist auch, dass die First Nations in den Prozess eingebunden sind und eine Unterstützung durch den eingerichteten Fond erfahren.

Es bleibt festzustellen, dass auch künftig im GBR noch immer ein deutliches Defizit an notwendigen Schutzflächen besteht. Und auch wenn bei den kommenden Verhandlungen noch weitere Waldgebiete zu den bisher errichteten 51% an Schutzflächen hinzukommen, so bleibt doch ein erheblicher Teil an Urwaldflächen ungeschützt und wird langfristig in Wirtschaftswälder umgewandelt werden. Wie stark die künftige forstwirtschaftliche Nutzung im GBR die Qualität der geschützten Wildnisgebiete durch Störungen und Flächenfragmentierung mindert, hängt wesentlich davon ab, wie wirkungsvoll die bis 2014 geplante Vernetzung der Schutzgebiete gelingt.

Bei den auf dem Gebiet des GBR erreichten Fortschritten darf nicht übersehen werden, dass der Schutz der Regenwälder in anderen Teilen der Küste und anderer Waldökosysteme in British Columbia weit hinter die für den GBR beschlossenen Regelungen zurückfällt. Außerdem stammt der nach Deutschland exportierte kanadische Zellstoff nicht nur aus British Columbia, sondern zu einem großen Anteil auch aus der Provinz Quebec, in der die Holzwirtschaft ihren Rohstoff ebenfalls überwiegend aus Einschlägen in Primärwäldern gewinnt.

Das Problem der Zerstörung kanadischer Urwälder für unsere Papierproduktion ist daher mit den jetzt getroffenen Regelungen für das Gebiet des GBRs noch lange nicht vom Tisch.

Die Initiative 200oplus fordert, dass der Papierverbrauch in Deutschland auf die Hälfte reduziert werden sollte. Der Rohstoff für die Papierherstellung sollte zu einem Maximum aus recycelten Fasern bestehen. Der dann noch nötige Zellstoff sollte aus nachhaltig bewirtschafteten Wirtschaftswäldern und nicht aus Urwaldgebieten stammen.

(Memorandum Nachhaltiger Papierverbrauch: www.urgewald.de - Shop, bzw. Downloads)

Update Brasilien: David besiegt Goliath – Historischer Sieg im Landrechtskonflikt für brasilianische Tupinikim und Guarani

Ende August 2007 kam die überraschende und zugleich erlösende Nachricht. Nach jahrzehntelangem – oftmals aussichtslos erscheinendem Kampf – hat der brasilianische Justizminister den Tupinikim und Guarani im brasilianischen Bundesland Espírito Santo 11.009 ha Land offiziell zugesprochen.

„Damit erfüllt sich unser Lebenstraum“, äußert sich Jonas do Rosário, Häuptling des Tupinikim-Dorfes Irajá begeistert. Das gesamte Dorf habe die Entscheidung des Ministers mit großer Freude aufgenommen und schmiedet jetzt Pläne für den Wiederaufbau ihrer ehemaligen Wohnstätten. Diese waren in den 1970er Jahren durch das Zellstoffunternehmen Aracruz zerstört und in eine Wüste von Eukalyptusbäumen umgewandelt worden.

Seit der Ankunft des Zellstoffunternehmens Aracruz in der Region Anfang der 1970er Jahre und der damit einhergehenden Bepflanzung breiter Landstriche mit Eukalyptusplantagen streiten die Indigenen mit dem Konzern um ihr Land. Bis zu ihrem jetzigen Sieg mussten sie viele Niederlagen in Kauf nehmen und einen langen Atem beweisen. 1983 gelang es ihnen erstmals, einen Rechtsanspruch auf einen Teil ihrer Ländereien zurückzuhalten. 4500 ha wurden ihnen damals zugesprochen. Ein weiteres Jahrzehnt und viele – z.T. sehr gewaltsame - Auseinandersetzungen später sprach der brasilianische Staat ihnen schließlich weitere 2500 ha zu. Der Zellstoffkonzern versuchte dabei in all den Jahren, die indigenen Landrechtsansprüche als illegitim darzustellen und die Indigenen stattdessen mit kleinen Geldzahlungen oder Hilfsprojekten zu befrieden. Doch die Tupinikim und Guarani ließen nicht locker.

Auf einer Vollversammlung 2005 entschieden sie sich, den Kampf um die verbleibenden 11.009 ha Land gegen den Zellstoffgiganten erneut aufzunehmen. Da sich die nationale Regierung damals noch weigerte, ihnen ihre Landrechte zuzusprechen, setzten sie auf Eigeninitiative. Sie besetzten „ihre“ 11.009 ha Land, holten die dort stehenden Eukalyptusbäume teilweise ab und begannen damit, ihre alten Dörfer wieder aufzubauen. Sowohl der Konzern Aracruz wie auch die Polizei ließen sie zunächst gewähren. In einer sehr gewaltsamen Aktion zerstörte die Polizei jedoch einige Monate später die Dörfer wieder und vertrieb die Indigenen damit ein weiteres Mal von ihrem Land. Doch auch danach ließen sie sich in ihrem Kampfeswillen nicht brechen - sie protestierten weiter für ihr Recht – ein Durchhaltevermögen, das jetzt endlich mit der Rückgabe ihres Landes belohnt wurde.

Das Zellstoffunternehmen Aracruz zeigte sich „überrascht“ über die ministerielle Entscheidung – wusste es doch in all den Jahren eine Vielzahl der lokalen und regionalen politischen Eliten und Medien hinter sich sowie die führenden Unternehmen der Region. Doch all diese wirtschaftliche Macht mitsamt immer neuer dubioser Studien und Denunziationen gegen die Indigenen nutzte ihnen in diesem Fall nicht, die rechtmäßige Rückgabe des Landes an die Indigenen zu verhindern.

Die Kampagne in Deutschland richtete sich vor allem gegen die Marke Tempo Taschentücher vom Hersteller Procter&Gamble, in der Zellstoff von Aracruz u.a. landete. Die Marke Tempo wurde 2007 von Procter&Gamble an SCA Tissue Europe verkauft. Aracruz wurde zwar zur Rückgabe des Landes gezwungen, hat aber sein Verhalten gegenüber Indigenen, Landlosen und Quilombolas (Nachkommen der Sklaven) in Brasilien nicht verändert. Erst dieses Jahr besetzten 1.200 Familien der Landlosenorganisation MST Eukalyptus-Plantagen von Veracel (50% Tochter von Aracruz).¹² Die Plantagen wurden auf öffentlichem „devolutas“¹³ Land angelegt, das nach brasilianischem Recht für die Landreform und die Vergabe an 12.000 landlose Familien im Bundesstaat Bahia zur Verfügung stehen sollte. Im Juli 2009 wurden die Familien von der Polizei vertrieben.

¹² <http://pulpinc.wordpress.com/2009/07/29/police-expel-mst-from-area-of-veracel-cellulose/#more-416>

¹³ Devolutas lands are lands that have no official land title and therefore belong to the state that should destine these lands to small –scale farmers, never to private companies

3. Veränderungen im Bankensektor

Banken finanzieren Waldzerstörung

Für den internationalen Bankensektor waren die Jahre 2000/2001 rabenschwarze Jahre in Sachen Waldschutz. Reihenweise hatten sie sich in den 1990er Jahren über die Vergabe von Krediten und die Ausgabe von Aktien und Anleihen an der Finanzierung höchst fragwürdiger Zellstoff-, Papier- und Ölpalmprojekte und -unternehmen in Indonesien beteiligt. 2001 platzte die Bombe. Schlagzeilen wie „Deutsche Banken finanzieren Regenwaldzerstörung“ oder „Banken – Weltmeister in Regenwaldzerstörung“ lösten in Öffentlichkeit wie in Bankenkreisen Bestürzung aus. In der Tat hatten sich viele namhafte Großbanken – darunter auch alle führenden deutschen Geldhäuser – an Unternehmungen beteiligt, die direkt zur Zerstörung von Primärwäldern geführt hatten. 300.000 ha Regenwald in Indonesien sind z.B. allein den Aktivitäten des Zellstoff- und Papierunternehmens Asia Pulp and Paper (APP) zum Opfer gefallen.

Beispiele wie diese zeigen deutlich, dass Umweltbelange bei der Prüfung der Kreditwürdigkeit von Kunden bis zu dem Zeitpunkt bei den Banken keinerlei Rolle gespielt hatten. Um größere Image-schäden zu vermeiden, versicherte eine Vielzahl der Banken öffentlich, Sicherungsmechanismen in ihr Umweltmanagement zu integrieren, um sich künftig wirksam vor derartigen ökologischen Fehlinvestitionen zu schützen.

Deutsche Banken machen trotzdem weiter mit „business as usual“

Heute, acht Jahre später, hat noch immer kein deutsches Bankhaus Regularien verabschiedet, um eine Wiederholung solcher Umweltschäden wirksam verhindern zu können. Im Gegenteil: Nachdem sich die öffentlichen Wogen der Empörung geglättet haben, erscheint die Finanzierung von Zellstoff- und Papierprojekten in Indonesien wieder attraktiv zu werden. So plante die Deutsche Bank z.B. 2005 die Finanzierung des Unternehmens United Fiber Systems, das auf der

indonesischen Insel Borneo ein neues Zellstoffwerk errichten und ein altes ausbauen wollte – ohne geprüft zu haben, ob eine nachhaltige Rohstoffversorgung mit Plantagenhölzern zu gewährleisten ist. Erst heftige Proteste von Umweltorganisationen veranlassten die Bank, sich von diesem Unterfangen wieder zurückzuziehen. Beispiele wie diese zeigen deutlich, dass öffentliche Bekundungen allein als Schutz vor ökologischen Fehlentscheidungen nicht ausreichen. Dennoch weigern sich deutsche Banken bisher, so genannte Waldpolicies zu verabschieden, um künftig Regenwaldzerstörung durch ihr Geld auszuschließen.

Einziges Zugeständnis einiger deutscher Großbanken (HypoVereinsbank, Dresdner Bank, WestLB und KfW-IPEX-Bank) ist, bei Projektfinanzierungen den Vorgaben der privaten Weltbanktochter IFC zu folgen. Diese hat allerdings im Jahr 2006 neue Umweltvorgaben verabschiedet, die keinen effektiven Wald- und Waldvölkerschutz mehr garantieren können. So kennen die neuen IFC-Richtlinien keine grundsätzlichen Ausschlusskriterien für industrielle Projekte in Tropischen Primärwäldern, und auch die Abholzung von Wäldern für die Anlage von Plantagen wird nicht mehr kategorisch ausgeschlossen.

Falsch etikettiert – deutsche Banken preisen zu Unrecht Holzzertifikate als »grüne« und »nachhaltige« Geldanlagen an

„Nach Recherchen der Rating-Agentur Scope Analysis sind derzeit neun Holzzertifikate mit unbegrenzter Laufzeit in Deutschland auf dem Markt. Sie alle zeichnen die Entwicklung eines zugrunde liegenden Basiswertes – meist eines Korbs aus Holzaktien – nach: Steigen die Aktien, steigt der Wert des Zertifikates. Die Werbeprospekte der Anbieter zieren oft Fotos von saftig-grünen Baumkronen. Sie sollen dem Anleger weismachen: Der Kauf des Zertifikates mehrt das eigene Geld und den Nutzen für die Umwelt. Doch obwohl Holz nach Ansicht vieler Finanzexperten mittelfristig gute Renditechancen bietet – zum Umweltschützer wird der Käufer nicht.“

Holzwirtschaft ist nicht per se ökologisch: Keiner fördert die Umwelt, nur weil er in Aktien von Unternehmen investiert, die ihr Geld mit dem Wachstum von Bäumen verdienen, sagt Johannes Zahnen, Referent für Forstpolitik beim Umweltverband WWF Deutschland. Für Sasa Perovic, Leiter Zertifikateanalyse bei Scope Analysis, ist das steigende Interesse der Banken an Holz ein reiner Marketingtrend: Gerade angesichts der aktuellen Diskussionen um Ökologie und Klimawandel eignet sich das Nachhaltigkeitsetikett, mit dem sich viele Holzzertifikate schmücken, wunderbar als Verkaufsargument.“ (Die Zeit, 17.01.2008)

Unter den Emittenten der Holzzertifikate spielt auch die Deutsche Bank Tochter DWS eine wichtige Rolle. Im Aktienkorb des DWS-Holzzertifikates befanden sich zunächst zwei höchst umstrittene Holzproduzenten – das brasilianische Unternehmen Aracruz Celulose und das australische Unternehmen Gunns. Beide sind bekannt für Landrechtsverletzungen und Regenwaldabholzungen. Erst nach Kritik von Umweltorganisationen entfernte die DWS die beiden Skandalfirmen aus dem Zertifikat.

Fallbeispiele wie diese zeigen, dass Banken wie die Deutsche Bank im Alltagsgeschäft nicht gewappnet sind, sich wirksam vor ökologischen und sozialen Fehlentscheidungen zu schützen. Holzzertifikate als „grüne“ Geldanlagen anzupreisen, greift dabei per se zu kurz. Schließlich stacheln solche Angebote den weltweiten Hunger nach Holz nur noch weiter an – mit fatalen Folgen für die verbleibenden Urwälder, die dort lebenden Menschen und letztlich auch für die Artenvielfalt und die CO₂-Bilanz der Erde.

4. Neue Impulse für die Kampagnenaktivität im Papierbereich

Kampagne zur Senkung des Papierverbrauchs

Papiersparen statt Papierberge - Umwelt- und Verbraucherschützer fordern 50% weniger Papierverbrauch.

Pressemitteilung Berlin, 9. Oktober 2007

Mit einem Memorandum für einen nachhaltigen Papierverbrauch rufen Umwelt- und Verbraucherschutzverbände die Bundesregierung auf, konkrete Maßnahmen einzuleiten, um den Papierverbrauch in Deutschland um 50% zu senken. Bundes- und Landesregierungen aber auch kommunale Entscheidungsträger müssen den immer größeren Papierbergen konsequent entgegenzutreten. Gleichzeitig sollte in allen Behörden und öffentlichen Einrichtungen die Pflicht zum Einsatz von Recyclingpapier mit dem Blauen Engel bestehen.

In ihrem Appell fordern die insgesamt zwölf Organisationen und Verbände eine effektive Bekämpfung des illegalen Holzhandels sowie einen Nationalen Aktionsplan zur umweltfreundlichen Beschaffung, in dem verbindliche Papiereinsparquoten ebenso verankert werden sollen wie eine jährliche Erfassung des Papierverbrauchs der öffentlichen Hand.

Anlass des Appells ist der Negativ-Rekord des Papierverbrauchs in Deutschland: 252,7 kg verbrauchte jeder Deutsche 2006, so viel wie noch nie zuvor. Der Verbrauch ist damit in den vergangenen 55 Jahren um das Achtfache gestiegen. Die Deutschen liegen beim Gesamtpapierverbrauch im internationalen Vergleich auf Platz vier hinter den USA, China und Japan. Weltweit verursacht der steigende Papierverbrauch eine wachsende Nachfrage nach dem Rohstoff Holz, der für die Papierherstellung benötigt wird. Hunderttausende Hektar Wald fallen alljährlich dem „Holzhunger“ der Zellstoff- und Papierindustrie zum Opfer. Immer mehr Zellstoffplantagen werden angebaut, um den weltweit wachsenden Papierbedarf befriedigen zu können.

„Ein Umdenken ist somit bei Politik, Wirtschaft und Verbrauchern dringend notwendig. Die Bundesregierung ist in besonderem Maße gefordert, ein solches Umdenken durch eine bundesweite Bildungsoffensive und Papiersparprogramme gezielt voranzutreiben“, fordert Agnes Dieckmann von urgewald. Enttäuschend seien die bisherigen unzureichenden Aktivitäten vieler Verantwortungsträger. „Was nützt es, wenn sich einzelne Ministerien oder Bundesbehörden für eine möglichst sparsame Verwendung von Papier aussprechen, dieser good-will-Erklärung dann aber keine konkreten Taten in der Praxis folgen lassen?“, mahnt Inse Ewen von Bundesverband für Umweltberatung.

„Die doppelseitige Voreinstellung am Drucker muss ebenso normal werden wie der Einsatz von Recyclingpapier“, sagte Gerd Billen, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv). Die Zeiten sind vorbei, dass die Druckertinte auf Recyclingpapier verläuft und Recyclingpapier mehr kostet als konventionelles Papier. Beim Thema nachhaltiger Konsum müsse die öffentliche Hand als gutes Vorbild vorgehen und – neben Sparsamkeit und dem Einsatz von Recyclingpapier – illegaler Waldzerstörung durch effektive Gesetze einen wirksamen Riegel vorschieben.

Gerade beim „Ausschluss von Raubbaupapieren“ stellen die Verbände der Bundesregierung ein schlechtes Zeugnis aus. Die Große Koalition habe sich bisher vor der politischen Verantwortung gedrückt. „Statt klare Regeln aufzustellen und ein Urwaldschutzgesetz auf den Weg zu bringen, bremst die Bundesregierung solche Initiativen aus. Damit werden die Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland zu unfreiwilligen Komplizen von Raubbaukonzernen, die Menschenrechte und Umweltschutz grob verletzen“, stellt Robin-Wood-Vertreter Peter Gerhardt fest.

Die zwölf unterzeichnenden Organisationen und Verbände sind:

- Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz (ARA),
- Bundesverband für Umweltberatung (bfub),
- Forum Umwelt und Entwicklung,
- Forum Ökologie und Papier (FÖP),
- Greenpeace Deutschland,
- Klimabündnis,
- NABU,
- Pro Regenwald,
- ROBIN WOOD e.V.,
- urgewald,
- Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) und
- Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen.

Das Memorandum kann in der Kurz- und Langfassung unter www.urgewald.de / Shop /Downloads heruntergeladen werden.

Kampagne gegen die Finanzierung des Regenwaldzerstörers Sinar Mas Indonesien

Immer wieder gibt es durch deutsche staatliche Finanzinstitutionen Unterstützung für Regenwaldzerstörer, Klimaverbrecher und Menschenrechtsverletzer. So vergab die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) einen Kredit an den zur indonesischen Gruppe Sinar Mas gehörenden Konzern SMART. Zu der Sinar Mas Gruppe gehört auch das Zellstoffunternehmen Asian Pulp and Paper APP. Unternehmen der Sinar Mas Gruppe zählen zu den Hauptverantwortlichen für die Zerstörung der indonesischen Regenwälder, sind in zahlreiche Landrechtskonflikte verwickelt und tragen durch die Zerstörung von Torfböden und Brandrodung dazu bei, dass Indonesien die drittgrößten Kohlenstoffemissionen weltweit zu verzeichnen hat.

Die DEG ist eine 100%ige Tochter der KfW Bankengruppe (Kreditanstalt für Wiederaufbau). Was mit den deutschen Steuergeldern im Bereich Entwicklung passiert, ist auch Sache von Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul. In dem von 8 deutschen Verbänden unterzeichneten Brief fragen wir nach, wie es sein kann, dass die DEG Kredite an Firmen vergibt, die nach den BMZ Richtlinien nicht finanziert werden dürften.

Der Brief ist herunterladbar unter www.urgewald.de

In dem BMZ-Sektorkonzept „Wald und nachhaltige Entwicklung“, welches für alle Institutionen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit verbindlich ist, sind ökologische und soziale Standards für waldrelevante Projekte festgelegt. Die vom BMZ geförderten Maßnahmen dürfen zum Beispiel

angestammte lokale Land- und Nutzungsrechte nicht beeinträchtigen. Auch in den Kriterien für die Förderung von Vorhaben im Bereich Agrartreibstoffe/Biomasse des BMZ heißt es, dass „*Rechtssicherheit hinsichtlich Landnutzungsrechten und Eigentumsrechten, insbesondere auch durch Klärung und Sicherung traditioneller Besitz- und Nutzungsrechte*“ für die Bewertung von Vorhaben relevant sind. In Indonesien gibt es tausende Landrechtskonflikte, auch mit Unternehmen der Konzerngruppe Sinar Mas und auch direkt mit SMART. Der Kredit unterstützt die Expansion eines Unternehmens, dessen geplante Vorhaben zu weiterer Regenwaldzerstörung und Landrechtsverletzungen führen wird.

Auch die DEG hat den Anspruch formuliert sich ausschließlich in Projekten zu engagieren, die „*entwicklungspolitisch sinnvoll, umwelt- und sozialverträglich sind*“.¹⁴ In ihrer Richtlinie zu Umwelt- und Sozialverträglichkeit ist zu lesen, dass dies nicht nur für die Projektebene, sondern auch für den “track record” von Unternehmen gilt: „*Umwelt- und Sozialverträglichkeit umfasst den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Menschen, ihrer ökonomischen Lebensbasis, der ökologischen, sozialen und kulturellen Umwelt sowie die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen. Die Berücksichtigung dieser Aspekte ist für die DEG ein unverzichtbares Prinzip nachhaltigen Wirtschaftens. Wir finanzieren, beraten und fördern deshalb nur Unternehmen und Institutionen, die diese Überzeugung teilen.*“¹⁵

Wie sich dieser Anspruch mit einer Finanzierung von Konzernen wie SMART vereinbaren lässt, ist für uns nicht nachvollziehbar. Wir erwarten, dass das BMZ den Kredit an SMART überprüfen lässt

¹⁴ Zitat siehe www.deginvest.de, Stand Juli 2009

¹⁵ Zitat siehe www.deginvest.de

und die DEG auffordert, den Kredit zurückzuziehen. Die Kreditvergabe an die Sinar Mas Gruppe zeigt, dass die bestehenden Standards der DEG nicht ausreichen um Unternehmen zu identifizieren und von einer Finanzierung auszuschließen, die massive ökologische und soziale Desaster verursachen. Das BMZ sollte daher eindeutiger und verbindliche Handlungsanweisungen an die DEG geben und sie auffordern in Zukunft keine weiteren Gelder an Unternehmen der Konzerngruppe Sinar Mas zu vergeben. Darüber hinaus sollte die DEG bindende ökologische und soziale Kriterien für den Sektor Biokraftstoffe und Zellstoff entwickeln, damit in Zukunft derartige Kreditvergaben ausgeschlossen sind.

In einer Antwort auf unseren Brief erwähnt das BMZ, dass die DEG seit 2007 bis auf weiteres keine Palmölprojekte in Indonesien mehr finanzieren will. Der laufende Kredit an SMART ist aber von dieser Regelung nicht betroffen, da er vorher bewilligt wurde.

Die Weltbank hat kürzlich in einem Statement ebenfalls festgestellt, dass der Palmölsektor generell problematisch ist und hat alle Investitionen in diesem Bereich gestoppt. Ihr Moratorium gilt nicht nur für Indonesien, sondern generell für Palmölplantagen.

Neue Materialien für die Kampagne: Keine Landnahme in Brasilien für unser Papier

Brasilien ist zum Hauptlieferland von Zellstoff für Deutschland geworden. Tendenz steigend. Immer mehr Fasern aus brasilianischen Eukalyptusbäumen tauchen in unserem Papier auf. Immer mehr wird das Land in Brasilien in „Grüne Wüsten“ verwandelt und der Bevölkerung für ihren Anbau von Nahrungsmitteln entzogen. Aus Protest besetzen Bauern, Indigene und Landlose Familien die Mega-Plantagen und fordern die Landrückgabe von den Konzernen und der Regierung.

Um diese Problematik anschaulich zu vermitteln, hat urgewald Unterrichtsmaterialien zum Thema Kanada und Brasilien entwickelt. Diese Materialien können bei urgewald bestellt werden.



Anwalt für Umwelt- und Menschenrechte

Herausgeber

urgewald e.V.
Von Galen Straße 4
48336 Sassenberg

Telefon: 02583 / 1031
www.urgewald.de

Texte Update: Lydia Kroll,
Bearbeitung der Anhänge: Agnes Dieckmann,
v.i.S.d.P.: Lydia Kroll

Layout: Konzept + Gestaltung, Kirsten Everwien

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier mit dem
blauen Engel.